Das Jüdische Echo

Bayerische Blätter für die jüdischen Angelegenheiten

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Viertelj. M. 1.—, Halbj. M. 2.—, Ganzj. M. 4.—, Einzelnummer 10 Pf. — Verlag des „Jüdischen Echo": München, Herzog Maxstr. 4. — Redaktion: Helene Hanna Cohn.



Anzeigen: Die viergespaltene Nonpareille-Zeile oder deren Raum 40 Pf. — Bei Wiederholungen Rabatt. —

Anzeigenannahme: Verlag des „Jüdischen Echo", München, Herzog Maxstraße 4. Fernsprecher: 53099. Postscheckkonto: München 3987.

ANZEIGEN-ANNAHME: MÜNCHEN, HERZOG MAXSTRASSE 4

Nummer 27 | **München / 5. Jahrgang** | **5. Juli 1918**

1918 — Wochenkalender — 5678

	Juli	Tammus	Bemerkung
Sonntag	7	27	
Montag	8	28	
Dienstag	9	29	
Mittwoch	10	Aw 1	
Donnerstag	11	2	
Freitag	12	3	
Samstag	13	4	



Palästina und pro Palästina.

Aus Palästina kommen Nachrichten über die Evakuation von Kafr Saba. Die Verhältnisse waren dort seit langer Zeit bedrückend, da den Einwohnern das zum Leben Notwendigste fehlte und die Zahl der Typhuserkrankungen und Sterbefälle sich täglich mehrte. In der letzten Zeit waren die von Hunger und Not geschwächten Bewohner durch ununterbrochenes Geschützfeuer, das sie in fortwährender Lebensgefahr hielt, in eine hoffnungslose Gemütsverfassung geraten. Unter diesen Umständen war die von der Regierung angeordnete Evakuation sehr schwierig, umsomehr als den jüdischen Auswanderern während des Abzuges ein großer Teil der ihnen noch verbliebenen Habe geraubt wurde. Während des Abzuges fiel eine Bombe auf das Hospital und tötete eine darin beschäftigte Ärztin. Die Lage der Evakuierten erfordert dringend weitgehende Hilfe.

Palästina.

Die zionistische Kommission in Palästina. Die nach Palästina entsandte zionistische Kommission hat eine Sitzung gemeinsam mit Vertretern der jüdischen Richtungen in Jerusalem gehabt. Nach langer und ernsthafter Diskussion gelang es der Konferenz, eine Basis für die Organisation eines Komitees, das sich aus Vertretern der gesamten Jerusalemer Gemeinde zusammensetzt, zu finden und einen Arbeitsplan zu entwerfen. — Eine weitere Konferenz fand mit den Vertretern der Jerusalemer Rabbiner statt, bei der 35 einflußreiche Rabbiner, Chassidim, Misnagdim, Aschkenasim, Sephardim und Jemeniten zugegen waren. Nach einer Rede, in der Dr. Weizmann seine Hoffnung aussprach, daß es zu einer Zusammenarbeit zwischen den orthodoxen Kreisen und den Zionisten kommen werde, schilderte Rabbiner Tutschinsky, der Sekretär des Rabbinats, die gegenwärtige wirtschaftliche Lage der orthodoxen Gemeinde, die sich in großer Not befindet. Dr. Weizmann gab die Zusicherung, daß die Kommission ihr Bestes für die Linderung dieser Notlage tun werde und machte die folgenden Vorschläge: den Unterricht in den Jeschiboth und Talmud Thoras in hebräischer Sprache zu erteilen und den Widerstand der orthodoxen Gemeinde gegen den Zionismus zu beenden. Die Rabbiner erklärten sich im Prinzip mit der Einführung des Hebräischen einverstanden und ernannten einen besonderen Ausschuß, der über die Haltung gegenüber den Zionisten beraten soll. Der Sitzung wird eine große Bedeutung für die künftige Entwicklung des jüdischen Lebens in Palästina zugeschrieben.

Die jüdische Universität. Die von der englischen Regierung nach Palästina entsandte zionistische Kommission beschäftigt sich, wie bereits gemeldet wurde, eingehend mit dem Plane der Errichtung der jüdischen Universität in Jerusalem. Als Bauplatz für die Universität wurde bereits vor dem Kriege ein Grundstück auf dem Ölberge ausgewählt, das einem christlichen englischen Juristen, Sir John Gray Hill, gehörte, der hier ein Landhaus mit ausgedehnten Gärten besaß. Englische jüdische Zeitungen erinnern jetzt daran, daß der frühere Besitzer des Grundstückes, der während des Krieges gestorben ist, ohne zu ahnen, daß sein Besitztum jemals als Grund und Boden für die Universität ausersehen werden würde, sich lebhaft für den Universitätsplan interessiert hat. In einer Schrift „Zionismus, Jerusalem und das heilige Land" hat er sich folgendermaßen über die Universität ausgesprochen: „Laßt es ein recht schönes Gebäude sein. Es ist ein großer Mangel an schönen Gebäuden in Jerusalem. Das Gebäude eurer Universität sollte sogar mit der Schönheit der Omarmoschee wetteifern. Es bietet sich euch hier eine große Gelegenheit. Könnt ihr nicht die Aufmerksamkeit reicher Juden auf diesen Plan lenken? Ihre Einwendungen gegen zionistische Pläne im allgemeinen können sich ja hierauf nicht erstrecken. Welch ein edler Denkstein es für einen Millionär oder eine Gruppe von Millionären wäre — diese großen Finanzkönige, die in Europa so mächtig sind — wenn sie dem jüdischen Volke eine prächtige Universität stifteten. Ich glaube, wenn man ihnen die Sache richtig darlegt, so werden sie dem Rufe folgen."

Es würde dem verstorbenen Sir Gray Hill vielleicht Freude machen, zu wissen, daß sein eigenes Besitztum das Terrain der künftigen Universität bilden wird.

Palästinenser im Auslande.

Versammlung der palästinensischen Juden in Amerika. Am 15. und 16. April wurde in New York die erste Versammlung der Histadruth Bne Erez Israel, einer Organisation palästinensischer Juden in Amerika, größtenteils Kriegsflüchtlinge, abgehalten. Von Oberrichter Brandeis, dem früheren amerikanischen Konsul in Jerusalem O. A. Glazebrook, Nathan Straus, Oscar S. Straus, Henry Morgenthau und A. I. Elkus waren Begrüßungsschreiben gesandt worden. Das folgende Arbeitsprogramm wurde angenommen:

1. Beizutragen zur Entwicklung der wirtschaftlichen Faktoren des heiligen Landes; Pflege seiner kulturellen Entwicklung gemäß den Traditionen

der jüdischen Religion; Erhaltung und Fortentwicklung der von der alten Generation geschaffenen Institute.

2. Propaganda unter allen Palästinensern in Amerika und Erleichterung ihrer Rückkehr bei der ersten sich bietenden Gelegenheit.

3. Herstellung einer regelmäßigen Verbindung mit allen Palästinensern in Amerika, um sie über die Verhältnisse in Palästina informiert zu halten.

Palästinensische Studenten an der Universität Kalifornien. Eine beträchtliche Anzahl der im Laufe des Krieges aus Palästina ausgewanderten Abiturienten hat sich in der Universität Kalifornien immatrikulieren lassen, um hier bis zu ihrer Rückkehr nach Palästina Landwirtschaft zu studieren. Der Grund dieser Erscheinung ist wohl in der Verwandtschaft der klimatischen Verhältnisse zwischen Kalifornien und Palästina zu suchen. Zur Zeit studieren an der Universität Kalifornien mindestens 50 junge Palästinenser, meistens frühere Schüler des hebräischen Gymnasiums in Jaffa, Landwirtschaft. Die Anwesenheit dieser jungen Palästinenser hat das Interesse der kalifornischen Juden am Zionismus bedeutend gehoben. Auf einer Propagandareise, die der Leiter des zionistischen Bureaus an der pazifistischen Küste gemeinsam mit Dr. Mossinsohn unternommen hatte, wurden ihm fast 100 000 Dollar für den Fonds zum Wiederaufbau Palästinas übergeben.

England.

Eine Erklärung des Lord Reading. Die jüngsten Vorgänge im Zionismus haben es bewirkt, daß eine Reihe von hervorragenden jüdischen Persönlichkeiten, die sich bisher wenig um jüdische Angelegenheiten gekümmert hatten, ihren Gefühlen für das Judentum Ausdruck verliehen haben. Zu ihnen gehört auch der britische Gesandte in Amerika, Lord Reading, den seine hohe Staatsstellung befähigt, seiner, sowie der amerikanischen Regierung gegenüber die Interessen des Zionismus nachdrücklich zu vertreten, umsomehr als man davon spricht, daß bei einer Friedenskonferenz Lord Reading einer der Vertreter der britischen Regierung sein würde. Einer amerikanischen Abordnung gegenüber versicherte der Gesandte, daß er sowohl in seiner öffentlichen Stellung wie als Privatmann die Erklärung der englischen Regierung aufs wärmste unterstütze. „Ich freue mich über die Aussicht," sagte er, „daß Palästina noch während des Krieges aufgerichtet werden soll, und zwar zum großen Teile durch jüdisches Geld und jüdische Kraft. Meine guten Wünsche begleiten die Zionisten der Vereinigten Staaten bei ihrem großen Werk, die Erklärung der britischen Regierung wirksam zu machen, und alles was ich mit Hinblick auf die Förderung dieses Werkes tun kann, werde ich als einen wichtigen und erfreulichen Teil meiner Pflichten als britischer Gesandter in Washington empfinden."

Ein britisches archäologisches Institut in Jerusalem. Auf Veranlassung des Palestine Exploration Fund hat sich ein Komitee zur Einrichtung eines englischen archäologischen Institutes in Jerusalem gegründet, dessen Aufgabe es sein soll, durch Ausgrabungen und Studien das Wissen um die historische Vergangenheit Palästinas zu fördern. Neben der Erforschung des jüdischen Altertums soll es sich mit den kanaanitischen, griechisch-römischen, byzantinischen, arabischen und mittelalterlichen Epochen beschäftigen.

Amerika.

Die Gewerkschaften für den Zionismus. Auf einer im März stattgehabten Konferenz der Gewerkschaften in Amerika hat man sich mit der von der englischen Arbeiterpartei aufgestellten Forderung einer Beschäftigung mit der Judenfrage in Palästina und andren Ländern eingehend befaßt. Von sämtlichen Arbeitervertretern Englands, Frankreichs, Italiens und Belgiens wurde der Beschluß, sich der Wahrung jüdischer Interessen in der Diaspora und der Sicherung ihrer Zukunft in Palästina anzunehmen, akzeptiert.

Die zionistische Gesellschaft der Ingenieure, die voriges Jahr in Amerika begründet wurde, hat eine Aufforderung an 300 jüdische Ingenieure in New York gerichtet, die Verhältnisse in Palästina zu studieren und sich auf die Anwendung ihrer technischen Gewandtheit und Erfahrung zu Gunsten ihres Volkes vorzubereiten. Einige namhafte Ingenieure sind der Organisation beigetreten.

Ein palästinensisches Filmdrama „Judarael" wird zur Zeit in Amerika vorbereitet. Der Ertrag soll dem 100 Millionen Dollar-Fonds zum Wiederaufbau Palästinas zu Gute kommen. Englische Zeitungen bezeichnen den Film als „ein Wunderwerk der Gegenwart". In England hat man dem Fonds durch Abhaltung eines Palästina-Bazars Mittel zugeführt.

Rußland.

In Charkow wurde eine Schiffahrtsgesellschaft „Schulon" gegründet zwecks Herstellung von Schiffsverbindungen zwischen den Häfen des Schwarzen Meeres und Schaffung von Lagerplätzen in den palästinensischen Häfen.

In Moskau wurde eine Gesellschaft „Raananija" mit 10 Millionen Rubel Stammkapital zur Amelioration der noch unerschlossenen Teile von Palästina gegründet.

In Petersburg konstituierte sich eine „Gesellschaft zur wirtschaftlichen Wiederbelebung Palästinas", in der auch Nichtzionisten tätig sind. In wenigen Wochen wuchs die Zahl der Mitglieder in Petersburg und in der Provinz auf 250; darunter sind viele angesehene Finanzmänner, Ingenieure, Architekten, Agronomen, Juristen und Ärzte. Die Gesellschaft zerfällt in zwei Abteilungen: eine technische und eine agrikulturelle, die erste unter dem Vorsitz J. Kassels, die andere unter dem Vorsitz des bekannten Agronomen und Dozenten B. Bruzkus. Die technische Abteilung besteht aus vier Sektionen: für Bau, für Elektrotechnik, für Verkehr und für Industrie. In dieser Abteilung wird jetzt an Projekten von Kleinbahnen, der Ausnutzung der Wasserenergie des Jordans und des Jarmuks gearbeitet, wie auch an dem Projekt eines Kurhotels in Jaffa. Die agrikulturelle Abteilung will sich vorderhand der Bewässerunsgfrage widmen, der die Fachleute eine besondere Wichtigkeit beimessen. Die Gesellschaft soll die Dünen und Abhänge beforsten, Eisenbahnen und Häfen bauen, Wasserleitungen und Straßenbahnen, elektrische Beleuchtung und Telephone schaffen, einen Dampferverkehr zwischen den Schwarzenmeerhäfen und Palästina einrichten.

Griechenland.

Eine Erklärung des griechischen Regierungsvertreters. Dem Chor der

Regierungsstimmen, die sich für ein jüdisches Palästina ausgesprochen haben, hat sich auch der griechische Regierungsvertreter angeschlossen. Der griechische Minister des Auswärtigen Politis erklärte kürzlich einem Vertreter der jüdischen Gemeinde:

„Ich habe schon in Saloniki Gelegenheit gefunden, die warme Sympathie der liberalen Partei und aller Hellenen für das jüdische Volk, das zwei Jahrtausende lang ein Opfer des Mißverständnisses und der Verfolgungen gewesen ist, auszusprechen. Es freut mich, heute mein Versprechen zu wiederholen, daß im geeigneten Augenblick die liberale Regierung ihr Bestes tun wird, um der nationalen Aufgabe der Juden im vollen Einklang mit den Verbündeten Griechenlands beizustehen. Außer andren Gründen sehe ich mich zum Mitgefühl für das jüdische Volk durch das neue Band das nunmehr geknüpft wurde, veranlaßt. Neben andren gemeinsamen Zügen gehören sowohl die Juden wie auch die Griechen zu den Völkern, die ein Gegenstand endloser Verfolgungen gewesen sind. In diesem Augenblick, in dem der Hellenismus sich tatsächlich am Barbarismus des Ostens verblutet hat, spreche ich mit Bewegung dem jüdischen Volke meine besten Wünsche für sein Wiedererstehen als Nation aus."

Südafrika.

In Johannesburg fand kürzlich im Orpheum-Theater eine Massenversammlung statt, bei der die Führer und angesehensten Persönlichkeiten der Gemeinde, darunter der Oberrabbiner, zur Unterstützung des Fonds für den Wiederaufbau Palästinas aufforderten.

Wilna im Kriege.[1])

Aus dem Wilnaer Sammelbuch 1918.

Von Dr. Z. Schabad.

Im ersten Kriegsjahre waren am meisten die Juden der Verfolgungen und Unterdrückungen der russischen Regierung ausgesetzt. Um die Schuld an den militärischen Niederlagen von sich abzuwälzen, suchte die zaristische Regierung die Juden für diese Niederlagen verantwortlich zu machen und beschuldigte sie der Spionage. Wilna war Zeuge des Auswanderungselends der aus den Gouvernements Kowno und Kurland vertriebenen Juden. Das Herz tat den Wilnaer Juden vor Mitleid und Kränkung weh. Die Wilnaer Wohltäter mußten auf der einen Seite für die Notleidenden Hilfe schaffen und andererseits der Militärmacht gegenüber als Fürsprecher für die der Spionage beschuldigten Juden auftreten. Schon zu Beginn des zweiten Kriegsjahres mußten die Wilnaer jüdischen Notabeln mit ihrer Wohltätigkeit aufhören. Der Feind hatte sich der Stadt immer mehr genähert und die große jüdische Stadt mußte sich auf die Evakuation vorbereiten. Diese Evakuation durch die russische Regierung war schlecht organisiert. Man hatte nicht einmal für die Verlegung der Regierungsanstalten und Fabriken genügend Sorge getragen;

[1]) Der zweite Band des von Dr. Z. Schabad in jüdischer Sprache herausgegebenen Wilnaer Sammelbuches (siehe Bericht über den ersten Band im Jüdischen Echo Nr. 9, 1917) enthält eine Fülle wertvollen Materials zur Beurteilung der Verhältnisse in Wilna wie auch in ganz Litauen während des Krieges. Wie der Herausgeber im Vorwort richtig bemerkt, spiegelt sich im Leben der Stadt Wilna, des litauischen Jerusalem, das Leben und die Politik des ganzen Landes ab.

Wir bringen in den nächsten Heften die vom Herausgeber geschilderte Übersicht über die Zustände in Wilna vom Beginn des Krieges bis auf die letzte Zeit. Für die nähere Orientierung über die Zustände im Lande empfehlen wir die Anschaffung des Buches, das 8 Mark kostet und das mit seinen 350 Seiten auch dem Umfange nach größer ist, als der vorjährige 1. Band. Beide Bücher zusammen kosten 12 Mark. Zu beziehen von Dr. Z. Schabad, Wilna, Pohulanska 9.

noch viel weniger wurde für das Volk selbst etwas getan. Der Vertreter der russischen Regierung versprach viel, hielt aber wenig. Wie früher wurde die Bevölkerung ohne Ordnung aus den Städten und Städtchen evakuiert. Am wenigsten wurde hierbei für die Stadt Wilna selbst gesorgt. Es waren keine Züge da, um die Menschen und ihre Habe wegzuführen, ohne Bestechung konnte man überhaupt nichts bekommen, weder eine Fahrkarte, noch einen Frachtschein für Warentransporte. Einige von den Bewohnern begriffen nicht die Ursache ihrer Abreise und wußten nicht, wohin sie fahren sollten.

Es ist unter diesen Umständen begreiflich, daß der größte Teil der armen jüdischen Bevölkerung, geschweige denn der aus anderen Städten Angekommenen, in Erwartung des Feindes in Wilna verblieb. Die jüdischen Wohltäter, welche die Möglichkeit hatten, Wilna zu verlassen, mußten sich fragen, ob sie die große Gemeinde ohne Schutz und Hilfe verlassen oder ob sie bei ihr bleiben sollten.

In diesem Punkte war die Psychologie der Juden eine andere als die der übrigen Bevölkerung. Sie zweifelten nicht, wofür sie sich entscheiden sollten. Nachdem Warschau und Polen von den Deutschen erobert waren, fühlte sich die polnische Bevölkerung Wilnas dem Königreich Polen viel näher als Rußland. Die Litauer Bevölkerung Wilnas betrachtete die Stadt als ihr eignes Heim auch dann, wenn Aussicht bestand, daß sie von den Deutschen erobert würde. Nur die jüdische Bevölkerung trug kein Verlangen, in Wilna zu verbleiben und sich auf die Zukunft zu verlassen, da sie nicht wußte, was ihr hier noch bevorstände. So blieben nur diejenigen in der Stadt, die bleiben mußten! Die Flüchtlinge, die vom jüdischen Komitee eine Unterstützung erhielten, Kleinhandwerker, Kleinhändler und Berufslose. Mit diesen allen sind einige Gebildete und Wohltäter geblieben, die es für ihre Pflicht erachteten, mit den Hilfsbedürftigen zusammen zu bleiben.

Dieser Unterschied in der Psychologie der zurückgebliebenen Juden und Christen spiegelte sich auch im weiteren Leben der Wilnaer Bevölkerung deutlich wider. Die Polen blieben wie bisher die Herren in der Stadtverwaltung und hatten auch während des ersten Jahres die Verwaltung der Nahrungsmittel in ihren Händen. Die Verwaltungsbeamten waren mit Lebensmittel, Holz, Petroleum usw. reichlich versorgt. Die übrige Bevölkerung, besonders die jüdische, mußte lange bitten, ehe sie einen Teil der in die Stadt eingeführten Warenvorräte erhielt.

Auch die Bürgermiliz war in polnischen Händen. Noch vor dem Einmarsch der Deutschen in Wilna wandten sich einige polnische Demokraten an die Juden mit dem Vorschlag, zusammen mit ihnen den Bürgerschutz zu organisieren, doch die Juden lehnten den Vorschlag ab. Im Juli 1915 arbeitete die Stadtduma in geschlossenen Sitzungen alle Einzelheiten dieser Organisation nach dem Warschauer Vorbild aus, und einige Stadträte machten die jüdischen Gemeindevorsteher mit dieser Frage bekannt. Die Organisation war bereits fertig, die Kommandanten und Kommissare von den Polen gewählt, als man den Juden einige Stellen als Gehilfen und gewöhnliche Milizianten anbot. Eine solche untergeordnete Rolle im Bürgerschutz wollten die Juden nicht spielen. Allerdings gab es für die leitenden Stellen keine geeigneten Juden; aber auch für die untergeordneten Dienste wollten sich die Juden, in Anbetracht der Anwesenheit der Russen in der Stadt und aus Furcht vor der russischen Verwaltung, nicht gern hergeben. Die Beschuldigungen gegen die Juden wegen Spionage und Deutschfreundlichkeit hatten noch nicht aufgehört.

So blieben die Juden ohne Einfluß auf die (nach dem Stadtrat) bedeutendste Macht der Stadt, die Bürgermiliz, und das war eine der Ursachen, daß sie in der Folgezeit manche trübe Stunden erlebt haben.

Damit soll nicht gesagt sein, daß die offiziellen Beziehungen der Juden zu ihren Nachbarn schlecht gewesen seien, im Gegenteil, die Juden führten in verschiedenen Angelegenheiten Verhandlungen, bald mit den Polen, bald mit allen zusammen. Im Streit der Polen mit den Litauern und Weißrussen sind die Juden stets neutral gewesen. Gewöhnlich nahmen sie Partei für die schwächere Seite, in der Hauptsache gingen sie zusammen mit den demokratischen Elementen und betrachteten sich als eine unabhängige Nation.

Nach dem Vorschlag der Polen wurden die Juden zusammen mit den Litauern und Weißrussen in das Bürgerkomitee aufgenommen, das seine Tätigkeit sofort nach dem Einmarsch der Deutschen in die Stadt begonnen hat. Die Juden erhielten vier Plätze in der Komiteeverwaltung. Das Komitee hätte eine große politische Bedeutung im ganzen Lande, sowohl in praktischer als in moralischer Hinsicht erlangt, wenn nicht — außer anderen Hindernissen — die Polen durch ihre übertriebenen nationalistischen Forderungen Schwierigkeiten bereitet hätten. Dadurch blieb seine Tätigkeit zunächst auf die Stadt Wilna beschränkt und sank aber allmählich ganz herab. Die Polen besaßen damals noch einige Macht, aber nach und nach wurde ihr Einfluß auf die Leitung der Stadtverwaltung eingeschränkt, obwohl im September 1916 Polen als ein selbständiger Staat proklamiert wurde.

Unmittelbar nach der Eroberung des Landes haben die jüdischen Vorsteher vor allem für ihre nationalen Interessen zu kämpfen gehabt. Die Bekanntmachungen der Regierung sind früher in deutscher und polnischer Sprache, nachher auch in litauischer aber nicht in jüdischer Sprache gedruckt worden. Man glaubte einfach, daß die Juden in einer polnischen Stadt Polnisch und Deutsch verständen, da sie ja ein deutsches Dialekt sprechen. Die Juden mußten der Regierung klarlegen, daß Wilna keine polnische Stadt sei, wobei sie sich besonders auf die Litauer beriefen, und daß das jüdische Volk weder Deutsch noch Polnisch spreche, sondern sich seiner eigenen Sprache bediene. Dadurch bewirkte man, daß die Bekanntmachungen auch jüdisch gedruckt wurden.

Im November 1915 fand die erste Volkszählung statt, um die Brotkarten einführen zu können. Die Zählung hat sich auf die Zahl der Erwachsenen und Kinder bis zu 14 Jahren beschränkt und ist unter der Aufsicht der deutschen Polizei ausgeführt worden. Jeder Einwohner bekam eine Liste zur Ausfüllung, in der alle Fragen in polnischer und litauischer aber nicht in jüdischer Sprache vorgedruckt waren. Die jüdische Intelligenz mußte die Richtigkeit der Angaben ihrer Gesinnungsgenossen verbürgen, da für falsche Angaben eine Strafe festgesetzt wurde, übrigens mußten sich alle Juden schon deshalb einschreiben, weil sie sonst Gefahr liefen, kein Brot zu bekommen. Der gewöhnliche Jude konnte ebensowenig den Sinn aller Fragen begreifen, wie sich auf der erteilten Aufklärung der Christen verlassen. Alle Bemühungen waren vergebens; auch die späteren 2 Volks-

zählungen sind nur in deutscher und polnischer Sprache gedruckt worden.

Die zweite Zählung, die Volks- und Viehzählung genannt wurde, fand im März 1916 statt, dauerte einige Tage und ist großartig organisiert worden. Zu diesem Zwecke waren 400 bezahlte Zähler und Vorsteher aller vier Nationalitäten herangezogen. In jedem Kreise war eine Kommission von drei Personen eingesetzt, um nationale Streitigkeiten zu schlichten. Diese sind durchwegs zwischen den Polen einerseits und den Litauern und Weißrussen andererseits vorgekommen. Als unparteiische Richter sind dabei die Juden gewesen. Hauptsächlich beschwerten sich die Litauer und die Weißrussen, daß man sie als Polen in die Listen eingetragen hat. Es stellte sich heraus, daß die polnischen Zähler ganze Häuser mit jüdischer Bevölkerung in die Zählerlisten überhaupt nicht aufgenommen haben. Als dies nach wiederholter privater Zählung festgestellt wurde, zeigten es die Juden bei der Stadtbehörde an.

Noch größer war die Unzufriedenheit der Litauer und der Weißrussen. Sie gaben am 9. März 1916 der Regierung eine schriftliche Erklärung ab, die die Juden aus verschiedenen Gründen nicht unterzeichnen wollten. Dieses Dokument ist kennzeichnend für die gegenseitige Beziehung der christlichen Nationalitäten in Wilna und ist für die weitere Politik im Lande von großer Bedeutung. In dieser Erklärung heißt es: „Obwohl die Polen in Wilna eine Minderheit bilden, schrieb sich die ganze katholische Bevölkerung in die Listen als Polen ein. Das erklärt sich damit, daß laut dem russischen Gesetz von 1892 die Polen die einzigen Herren in der Stadtverwaltung geworden sind, da die Juden kein Recht hatten Stadtabgeordnete zu sein. In den katholischen Klöstern sind alle Pfarrer Polen, da der Bischof die litauischen Pfarrer nicht zuließ. Noch schlimmer werden die katholischen Weißrussen behandelt, da ihre Sprache in den Klöstern überhaupt verwehrt ist und so werden die Weißrussen polonisiert. Nach der deutschen Eroberung gelang es den Polen den Bürgerschutz der Stadt in ihre Hand zu bekommen. Die Polen haben sich der Wohltätigkeits-Anstalten bemächtigt, die aus den vom Auslande eingelaufenen Mitteln gegründet und von der Stadt unterstützt wurden. Auf diese Weise ist die ganze christliche Bevölkerung von der gutorganisierten polnischen Intelligenz abhängig gewesen, zumal sie als Vermittler zwischen der deutschen Regierung und der Bevölkerung geworden sind. Außerdem haben die Polen schon lange vor der Volkszählung in der Provinz und in den Klöstern darauf hingearbeitet, daß alle Katholiken sich als Polen einzeichnen sollen, damit überall die polnische Sprache eingeführt würde. Die Agitation ging so weit, daß die Weißrussen und Litauer, die sich als solche eingeschrieben haben, bedroht wurden, daß sie kein Brot bekommen, ihre Stellen verlieren, von den Unterstützungsgesellschaften abgewiesen, in Todesfällen keine Begräbnisscheine erhalten werden usw. Aus allen diesen Gründen erklären die Litauer und die Bjelorussen alle Angaben, die sie bei der Volkszählung gemacht haben, als unrichtig, nicht nur für Wilna, sondern auch in der Provinz."

(Fortsetzung folgt.)

Die Judenfrage im Friedensvertrag mit Rumänien.

Das Zionistische Bureau Kopenhagen teilt mit: Das Mitglied des Engeren Aktionskomitees Nahum Sokolow erhielt vom britischen Außenminister Lord Balfour folgendes Schreiben: „Seiner Majestät Regierung vergegenwärtigt sich völlig, daß die den Juden in Rumänien versprochene Befreiung weniger liberal in dem neuen Traktat ist, als das, wozu die frühere rumänische Regierung sich selbst öffentlich verpflichtet hat.

Seiner Majestät Regierung ergreift diese Gelegenheit, Ihrer Organisation zu versichern, daß sie außerordentlich darauf bedacht ist, alles was in ihrer Macht steht zu tun, um eine gerechte und dauernde Ordnung der jüdischen Frage in jenem Lande zu sichern."

Die jüdische Autonomie in der russischen Konstituierenden Versammlung.

Das jüdische Preßbureau in Stockholm meldet: Das stenographische Protokoll der Konstituierenden Versammlung Rußlands, die durch die Bolschewiki-Regierung kurz nach ihrem Zusammentritt auseinandergetrieben wurde, ist mit großer Verspätung erschienen. Ein Exemplar dieses Protokolls ist erst dieser Tage in Stockholm eingetroffen. In der großangelegten Rede des Vorsitzenden der Versammlung, des Führers der Sozialrevolutionären Partei und früheren Ackerbauministers Tschernow, befindet sich auch ein auf die Juden bezüglicher Passus. Nachdem der Vorsitzende Rußland als föderative Republik, in der alle Nationalitäten gleichberechtigt sein sollen, proklamiert und namentlich die Versöhnung der Ukrainer und der Moslims mit dem russischen Volke verkündet hatte, sprach er sich auch für die jüdische Autonomie aus. Er sagte:

„Schließlich Bürger, erlauben Sie mir, das gleiche von dem Stiefsohn-Volke, von dem unter den Völkern am meisten gehetzten Volke zu sagen, von dem Volke, das bisher allen Ausbeutern der ganzen Welt als Sündenbock gedient hat, die auf es als Volk die ganze Unzufriedenheit, die ganze Empörung der arbeitenden Massen zu lenken suchten, die billigerweise auf kein Volk als solches gerichtet werden darf, da unter allen Völkern ohne Ausnahme die arbeitenden Massen die ungeheuere

Mehrheit der Bevölkerung bilden. Auch das jüdische Volk, das über ein geschlossenes Territorium nicht verfügt, wird auf dem Territorium der russischen Republik gleich den anderen Völkern das Recht haben, die Organe seiner nationalen Selbstverwaltung zu gestalten und in ihnen den Willen der werktätigen Elemente zur Geltung zu bringen."

Wie wir erfahren, wurde diese Erklärung, die die Anerkennung der jüdischen Autonomie auf personaler Grundlage bedeutete, von der großen Mehrheit der konstituierenden Versammlung (Rechte, Sozialrevolutionäre und Menschewiki) mit großem Beifall, von den Bolschewiki hingegen, wie fast die ganze Rede Tschernows, mit Hohngelächter aufgenommen.

Welt-Echo

Der Süddeutsche Zionistentag ist auf weiteres verschoben, da die Münchner Referenten durch Krankheit und sonstige Hindernisse am Erscheinen verhindert sind.

Der K. C. im Kriege. Nach den bis zum 1. Mai eingegangenen Meldungen, die auf Vollständigkeit keinen Anspruch erheben, stehen, bezw. standen von den über 1150 Mitgliedern des K. C. unter Einrechnung der Gefallenen und infolge von Verwundung oder Erkrankung als dienstunbrauchbar Entlassenen 1010 im Heeresdienst. Hiervon gehören bezw. gehörten dem Feldheere 845 an. Nur diese sind nach den darüber bestehenden kaiserlichen Erlassen als Kriegsteilnehmer zu bezeichnen. Es bedarf dieser Hervorhebung, weil bei vergleichsweisen Zusammenstellungen in manchen studentischen Organen — ob mit oder ohne Absicht, sei dahingestellt — auf der einen Seite bei anderen Korporationsverbänden die Zahl der im Felde Stehenden, bei dem K.C. aber systematisch die Zahl der im Heeresdienst Stehenden angegeben und in Vergleich mit der Zahl der Gefallenen usw. gesetzt wird, obwohl in unsern Mitteilungen stets klar und deutlich die Zahl der im Heeresdienst Stehenden getrennt von der Zahl der dem Feldheer Angehörenden angegeben wird.

Den Heldentod starben 84 K.C.er. In Kriegsgefangenschaft befinden sich, nachdem die Kb. Arthur Hirsch und Julius Boehl aus der Gefangenschaft entkommen sind, nur noch 20 K.C.er. Eingerechnet sind hierin die Kb. Dr. Glaser, Marineassistenzarzt auf S. M. S. „Dresden", der in Spanien, und Oberleutnant Dr. Max Schohl, der in St. Gallen interniert ist. Durch die neuerlichen deutsch-französischen Vereinbarungen dürfen die Kb. Assessor Ernst Heymann, Gefreiter Referendar Ernst Jonas, Unteroffizier Willy Lamm, Unteroffizier Referendar Dr. Gerhard Müller, Gefreiter Felix Simson nach Deutschland zurückkehren können, wogegen die Kb. Leutnant Dr. Eduard Glaser und Leutnant Dr. Otto Levy zur Internierung in die Schweiz gelangen dürften.

24 Kb. sind mit dem Eisernen Kreuz 1. Klasse ausgezeichnet worden, 489 mit dem Eisernen Kreuz 2. Klasse, darunter 3 am schwarz-weißen Bande, 2 mit dem Eisernen Halbmond, 191 haben andere Kriegsauszeichnungen erhalten. 100 K. C.er, darunter 86 im preußischen, sächsischen und württembergischen Heere, 14 im bayerischen, sind während des Krieges zu Offizieren des Beurlaubtenstandes befördert worden, 8 K.C.er gehörten bei Kriegsausbruch als Offiziere des Beurlaubtenstandes dem bayerischen Heere an. In diese Beförderungen sind nicht eingerechnet diejenigen zu Sanitäts- und Veterinär-Offizieren.

Evakuierungen von Juden in Polen. Dem Jüdischen Korrespondenzbureau in Bern wird berichtet:

Der Kreischef in W l o c l a w e k hat eine Verfügung erlassen, wonach die jüdische Bevölkerung Wloclaweks, die sich während des Krieges in der Stadt ansässig gemacht hat, die Stadt binnen 14 Tagen zu verlassen hat. Der Befehl des Wloclaweker Kreischefs trifft nicht weniger als 6000 Juden, die in den ersten Kriegsjahren sich in der Stadt angesiedelt hatten. Diese Zuwanderer, die größtenteils aus Warschau gekommen waren, um dem ihnen in der Landeshauptstadt drohenden Hungertode zu entgehen, wurden anfangs von den Wloclaweker Juden unterhalten und unterstützt, haben sich aber im Laufe der Zeit in Wloclawek Existenzmöglichkeiten geschaffen, sodaß heute 70 Prozent der Zugewanderten vollkommen für sich selbst sorgen. Die Begründung der Verfügung, daß diese Zugewanderten der Stadt Wloclawek zur Last fallen, ist daher keineswegs stichhaltig. Um einer solchen Begründung des Befehls jeden Boden zu entziehen, erklärte sich der jüdische Gemeindevorstand Wloclaweks sogleich nach Erlaß der Verordnung bereit, die Garantie dafür zu übernehmen, daß auch der der öffentlichen Unterstützung noch bedürftige Teil der Zugewanderten der Stadt in keiner Weise zur Last fallen solle. Die Zugewanderten selbst verpflichteten sich, die Ärmeren in ihren Reihen aus eigenen Mitteln zu erhalten, sodaß andere Gelder gar nicht in Anspruch genommen zu werden brauchen. Alle diese Bemühungen, den Befehl des Kreischefs rückgängig zu machen, sind bisher erfolglos geblieben.

Weitere Judenexzesse in Galizien. Dem Jüdischen Korrespondenzbureau in Bern wird berichtet:

Am 15. Mai hat in Wieliczka ein regelrechter Pogrom stattgefunden. Die bäuerliche Bevölkerung zog durch die Straßen, plünderte jüdische Geschäfte und schlug jeden Juden, der sich auf der Straße sehen ließ. Viele Geschäfte wurden gänzlich ausgeraubt. Halbwüchsige Burschen liefen mit Stöcken durch die Straßen. Die Juden sind in niedergeschlagener Stimmung. Spät abends kam militärische Assistenz aus Krakau, da die Polizei wieder einmal völlig versagt hatte. Viele Menschen wurden verwundet; der materielle Schaden beträgt über eine Million Kronen.

Die Wiener Jüdische Zeitung schreibt darüber:

Der Pogrom scheint in Galizien schon zu den Alltäglichkeiten zu gehören. Immer wieder kommen derartige grauenhafte Nachrichten und es zeigt sich, daß keineswegs der Wille zu bestehen scheint, die ganze antisemitische Agitation zu ersticken und niederzuschlagen. Die verantwortlichen Führer des polnischen Volkes waschen ihre Hände in Unschuld und sind nur besorgt um ihren guten Namen. Wenn die Sache so weiter geht, so wird der Name des polnischen Volkes für alle Zeiten und vor aller Welt mit Blut befleckt sein. Die völlige Duldung dieser Exzesse seitens der Sicherheitsorgane ist bereits geradezu ein Skandal. Es wird notwendig sein, aus diesen Vorfällen politische Konsequenzen zu ziehen. Wir hoffen, daß die österreichische Regierung ihre Verpflichtung, zum Schutz der Juden einzutreten, richtig erkennen und erfüllen wird.

Die übliche Ausnahme. Das Jüdische Korrespondenzbureau in Bern berichtet: Wie aus einer Wolff-Meldung über die Wiederaufnahme des Postverkehrs zwischen Deutschland und Rußland zu ersehen ist, sind fast sämtliche Sprachen für den Korrespondenzverkehr zulässig — mit Ausnahme der hebräischen und jüdischen Sprachen. Es ist zu erwarten, daß die Millionen russischen Juden gegen diese ungerechte Ausnahmestellung tatkräftige Verwahrung einlegen werden.

Land für kriegsentlassene russische Juden. Die russische Organisation kriegsentlassener russischer Soldaten hat gemeinsam mit der Jüdischen Gesellschaft zur Förderung von Landwirtschaft und Handwerk ein großes Gebiet in der Nähe von Petersburg erworben, auf dem durch kriegsentlassene jüdische Soldaten Gärten angelegt werden sollen. Auch Musterfarmen sollen eingerichtet werden. Ferner wurden jüdische Arbeitsbörsen und Abendkurse eingerichtet.

Die Schweizer Agudas Jisroel für die beßarabischen Juden. Die Schweizer Agudas Jisroel hat beschlossen, im Hinblick auf die Verfolgungen der Juden in Beßarabien alle Mächte zum Schutze der beßarabischen Judenheit aufzufordern.

Schweizer Protest gegen die Judenpogrome in Galizien und Rumänien. Das Jüdische Korrespondenzbureau in Bern berichtet: Die vom Verein jüdischer Sozialdemokraten gemeinsam mit der sozialdemokratischen Partei der Stadt Zürich und der sozialdemokratischen Jugendorganisation Zürichs einberufene, von über 600 Personen besuchte Versammlung hat nach Anhörung von Referaten des Nationalrats H. Greulich und des Pfarrers A. Reichen einen energischen Protest gegen die Judenmassakres in Galizien, Rumänien und der Ukraine erlassen.

Die sozialdemokratische Partei Schwedens gegen die Judenpogrome und den Bukarester Frieden. Dem Jüdischen Korrespondenzbureau in Bern wird aus Stockholm berichtet:

Die Leitung der sozialdemokratischen Partei Schwedens hat folgende Kundgebung beschlossen:

In den abscheulichen Pogromen gegen die jüdische Bevölkerung, über welche aus vielen Orten Osteuropas berichtet wird und die als unmittelbares Resultat des Brest-Litowsker Machtfriedens betrachtet werden müssen, sieht die Leitung ein Symptom der alten tragischen Lage der jüdischen Massen, die sie zu den meist leidenden Opfern der gegenwärtigen Wirren gemacht hat. Besonders drücken wir unser tiefes Bedauern über die schweren von dem polnischen Antisemitismus inszenierten Pogrome in Galizien aus. Wir müssen betonen, daß solche Exzesse eines Kulturvolkes, das für sich selbst nationale Freiheit und Selbstbestimmungsrecht fordert, unwürdig sind. Wir betrachen es als Pflicht der polnischen Demokratie und des polnischen Proletariats, alles, was in ihren Kräften liegt, zu tun, um das Prinzip der Internationale hinsichtlich der Rechte der nationalen Minderheiten zu verteidigen. Im Zusammenhang hält es die Parteileitung für ihre Pflicht, auszusprechen, daß der Bukarester Friede, ungeachtet gewisser Schlagworte inbezug auf die Gleichberechtigung, in Wirklichkeit nicht geeignet ist, die Lage der jüdischen Massen Rumäniens zu verbessern, sondern umgekehrt die schamlose Umgehung der klaren Bestimmungen des Berliner Vertrages von 1878 über die jüdische Gleichberechtigung sanktioniert. Durch die Annexion Beßarabiens sind noch 300 000 Juden mit Rechte, die sie durch die russische Revolution dem Verlust der bürgerlichen und nationalen erlangt haben, bedroht.

Schließlich will die Parteileitung die Forderungen hinsichtlich der zukünftigen Stellung des jüdischen Volkes, die vom holländisch-skandinavischen Komitee in seinem Friedensmanifest vom 10. Oktober 1917 aufgestellt worden sind, unterstreichen, da nur die Verwirklichung dieser Forderungen eine endgültige Lösung der jüdischen nationalen Frage herbeiführen kann.

Amerika. Die jüdische Einwanderung in Amerika. Trotz der schwierigen Zeitverhältnisse ist die jüdische Einwanderung in San Francisco in ständigem Wachsen begriffen. Jüdische Frauen und Kinder, die sich aus den russischen Wirren flüchten, kommen mit fast jedem Orientdampfer in San Francisco an. Der Zuwachs der Einwanderung geht aus einem Bericht der Jüdischen Schutz- und Einwanderer-Hilfsgesellschaft hervor, der von 300 Einwanderern im ersten Vierteljahr 1918 berichtet. Nur wenige der Ankömmlinge bleiben in San Francisco; den meisten werden die Mittel gewährt, zu ihren Verwandten in den verschiedenen Teilen der Vereinigten Staaten zu reisen.

Kundgebungen jüdischer Gewerkschaften. Einem Telegramm Reuters zufolge nahmen die „Vereinigten jüdischen Gewerkschaften" New Yorks, welche über 200 000 Mitglieder zählen, eine Resolution an, in welcher sie fordern, daß der Friedensvertrag den Juden aller Länder Gleichberechtigung mit Einschluß der nationalen Rechte, sowie die Begründung einer nationalen Heimat durch die freie Kolonisation Palästinas, das zu einem selbständigen Staate werden soll, gewährt wird.

Jüdische Studenten in Amerika. Von 295 Studenten, die im letzten Semester an der Havard Universität ihre Maturitätsprüfung bestanden, sind 76 Juden.

Histadruth Ivrith in Amerika. Am 27. April tagte in New York die zweite Jahresversammlung der Histadruth Ivrith, an der die Herren Ruben Brainin, Dr. Schmarja Levin, Rabbiner Meyer Berlin, Dr. B. Z. Mossinsohn, Dr. Israel Friedländer, Dr. M. Scheinkin, Rabbiner H. Masliansky und Prof. N. Slouschz teilnahmen. Die folgenden Referate wurden gehalten: Prof. Slouschz über „Hebräisch im Orient", Dr. Schmarja Levin über „Die jüdisch-nationale Befreiung und die hebräische Bewegung", Z. Scharfstein über „Der hebräische Büchermarkt", C. Whiteman über „Hebräische Erziehung".

Dr. J. L. Magnes in der sozialdemokratischen Partei. Der bekannte Zionistenführer und Vorsitzende der New Yorker Kehillah, der im Laufe des Krieges durch seine pazifistische Tätigkeit hervorgetreten ist, hat sich, wie englische Blätter berichten, nun offiziell der sozialdemokratischen Partei angeschlossen.

Ein Vertrauensvotum für Professor Friedländer. Zwischen dem verdienten amerikanischen Zionisten Prof. Friedländer und einigen anderen amerikanischen Zionistenführern waren in der letzten Zeit Unstimmigkeiten entstanden, die zu einer Opposition gegen die Teilnahme Prof. Friedländers an der nach Palästina entsandten Rote Kreuz-Kommission führten. Das Exekutivkomitee der amerikanischen Zionistenföderation hat daraufhin in einer kürzlich tagenden Sitzung ein Vertrauensvotum für ihn ausgesprochen.

Die Dienstpflicht in Kanada. Die jüdische Bevölkerung von Kanada steht vor ernsten Fragen. Die Einführung des Militärpflichtgesetzes ist von den aus europäischen Ländern eingewanderten Juden begreiflicher Weise mit geteilten Gefühlen aufgenommen worden. Besonders schwierig liegt der Fall der aus Österreich und Polen Eingewanderten; durch die im Kriege vorgenommene Reform der Wahlgesetze wurde ihnen das Wahlrecht entzogen, und zur Zeit wird die Einziehung aller aus den feindlichen Ländern Eingewanderten für Arbeitszwecke erwogen. Auch die Stellung der aus Rußland und Rumänien eingewanderten Juden, die etwa 60 Prozent der gesamten jüdischen Bevölkerung in Kanada betragen, ist nach dem Friedensschluß mit diesen beiden Ländern unklar geworden.

Die Belgrader Synagoge und Bibliothek abgebrannt. Die alte Synagoge und wertvolle jüdische Bibliothek in Belgrad sind durch ein Feuer zerstört worden. Viele alte Bücher von großem historischem Interesse und Berichte über die ersten jüdischen Siedlungen in Serbien wurden vom Feuer zerstört.

Jüdische Professorinnen. Die Universität Genf hat einer Jüdin, Frl. S. Stern, gebürtig aus Libau, den Professorentitel verliehen. Frl. Stern ist die vierte Jüdin, der dieser Titel gewährt wurde. Die drei übrigen jüdischen Professorinnen sind Dr. Lydia Rabinowitsch am Bakteriologischen Institut in Berlin, Dr. Tumarkin in Bern und Dr. Hirsch, eine Enkeltochter von Samson Raphael Hirsch, die gleichfalls ihre Tätigkeit in Berlin ausübt.

„Keine Israeliten engagieren". Im „Berl. Tageblatt" Nr. 241 schreibt Theodor Wolff: „Denjenigen, die als Vertreter der öffentlichen Meinung gelten, werden von hilfesuchenden Lesern viele Abschriften geheimer Erlasse und andere merkwürdige Papiere zugeschickt. Dazwischen habe ich, als interessante Kleinigkeit, die Mitteilung gefunden, daß einem Herrn, der irgendwo in der Etappe Theatervorstellungen veranstalten möchte, der Auftrag, „keine Israeliten zu engagieren", übermittelt worden ist.

Gemeinden- u. Vereins-Echo

(Unsere Leser sind zur Einsendung von Mitteilungen aus Gemeinden und Vereinen und von Personalnachrichten, die in diesen Spalten gerne Aufnahme finden, höflichst eingeladen.)

Jüdischer National-Fonds. Zahlungen sind zu richten an Elisabeth Mahler, München, Postscheckkonto Nr. 10121.

Nationalfondsspende: Goldnes Buch: Richard Fränkel sel. And. Die Münchner Blau-Weißen gedenken am Jahrzeittag mit Trauer ihres lieben toten Kameraden und Freundes Richard. Mk. 30.—.

Alfred Feuchtwanger anläßlich der Jahrzeit seines sel. Vetters Richard Fränkel am 26. Tamus. Mk. 50.—.

Notstandsaktion für Palästina: Heini Mahler verlorene Wette an Milo Horn. Mk. —.50.

Für das Palästina-Hilfswerk

gingen bei dem Ortskomitee München ferner ein:

Fortsetzung der 1. Liste.

Ordenstein Ludwig 5.—, Oberndorfer Jeanette 5.—, Oberdorfer Frau J. 1.—, Orliansky Selig. 100.—, Orlof B., Maler 30.—, Orlof Max 10.—, Ohel Jacob (aus Sammlung) 300.—, Oberdorfer Max 10.—, Oberdorfer J. 5.—, Obermayer E. 1.—, Obermeyer Sofie 5.—, Oettinger (Sternstr.) 5.—, Oberzimmer Sal. 10.—, Oppenheimer Hofrat Dr. 30.—, Oesterreicher Julie 1.—, Orlof Sal. 10.—,

Pappenheimer Dr. 3.—, Polziner M. 10.—, Penzak S. 10.—, Prager Dr. Max 5.—, Peisach 5.—.

Rosenheim Isr., Kultusverein 50.—, Ritter Nanny 5.—, Rosenthal Nathan 10.—, Rosenau N. 5.—, Rothschild Emmy 10.—, Reinemann 5.—, Rosenwasser J. 5.—, Raff Therese 5.—, Regensteiner Jakob 20.—, Rosenbaum R. 3.—, Rosenthal Eugen und Dr. J. 5.—, Rosenberger Moritz 10.—, Rubinstein M. 3.—, Regensburger Dr. 10.—, Reutlinger S. 1.— Rosenthal Max (Rich.Wagnerstr.) 100.—, Rehbock H. 10.—, Rosenfelder Benno 100.—, Reiß Mar N. 5.—, Reichenberger H. 20.—, Reh Fr. F. 5.—, Rothschild Albert 20.—, Rosenfeld M. 10.—, Rosenfeld Clara 10.—, Rosenthal J. (Sonnenstr.) 20.—, Rittmann A. 20.— Rau M., Justizrat 50.—.

Sommer Jos. 10.—, Silber, Generalagent 10.—, Siegel Jenny 50.—, Sarsky Ch. 20.—, Steinlauf B. 50.—, Saposchnik J. 100.—, Spielmann L. 50.—, Subitzky H. 50.—, Silbermann Karl 10.—, Sulz-

bacher Karl 10.—, Szkolny Dr. 10.—, Springer J. 20.—, S. J. 20.—, Sachs Gustav 50.—, Stark N. 50.—, Sundheimer S. 20.—, Strauss Clara 10.—, Späth B. 5.— Sternglanz 5.—, Stein Saly 1.—, Steinharter Alex. 100.—, Steinmeier E. 10.—, Sauger Frau A. 3.—, Stark Albert 3.—, Stiefel Emil 25.—, Steckel R. 1.—, Sinn Frau Rika 3.—.

Scheinmann J. 100.—, Schloßberger Eugen 2.—, Schülein Julius, Brauereidirektor 50.—, Schneier M. 5.—, Schaal Fritz 10.—, Schwed Heinrich 9.—, Schaller M. 10.—, Schulherr, Rechnungsrat 5.—, Schulhoff Gebr. J. u. P. 20.—, Schuhmann Max 3.—, Schwarz J. 5.—, Schwarzhaupt Babette 8.—, Schweisheimer 2.—, Schwab Jos. jun. 5.—, Schwarz 1.—, Schottländer (Kaufhaus) 5.—.

Theilheimer Gebr. 50.—, Tannenzapf J. 20.—, Theilheimer L. 5.—.

Ullmann J. (Rosental) 25.—, Ulmann Max 50.—, Ungenannt 10.—, Ungenannt durch Dr. Ambrunn 100.—.

Wadler B. 100.—, W. A. 25.—, Wetzlar M. T. 30.—, Wiesel K. 100.—, Wiener Kathinka 20.—, Wich Fr. 5.—, Wolf Heinrich 10.—, Weigl A. 10.—, Werner Prof. Dr. Rabbiner, sel. And. 100.—, Weil Isidor 10.—, Westheimer Isidor 50.—, Wurzinger Karl 25.— Weisenbeck Jul. 10.—, Weinberger M. & Co. 10.—, Weimersheimer Heinr. 25.—, Weinberger J. 5.—, Wolf M. 10.—, Weisenbeck H. 2.—, Wahle Alb. 2.—, Weil Heinr. 50.— Wimlersdörfer 20.—, Wassermann Dr. O., Justizrat 10.—, Wassermann Frau R. 10.— Weil Leop. 10.—, Weil Frau Clara 50.—, van Wien B. 20.—, Weil C. 2.—, Wallach Frau 1.—, Wassermann Dr. P. 30.—.

Zimmer Frau 3.—.

2. Liste.

Adler Ludwig 20.—, Adler Siegfried 10.—, Aufhäuser, Bankhaus 50.—.

Berliner Ernst N. 5.—, Böhm G., Kommerzienrat 20.—, Braun Pauline 10.—, Blau 1.—, Brieger 1.—, Both Chaim 15.—, Binswanger H. 20.—, Bach Louis 100.—, Böhm Leopold 100.—, Bönheim P. 5.—, Bauer & Zeckendorf 50.— Bloch Justus 20.—, Blum M. 10.—, Bauer Heinr. 10.—, Borchardt Frau 5.—.

Cahn E. 3.—, Cohen Anton 20.—, Cohen Karl 30.—, Cohen Th. 20.—, Camnitzer Mor. 1.—, Ch. M. 5.—, Crailsheimer Emil 50.—.

Diamand M. 10.—, Dahlsheimer Jul. 20.—, Davidson L. 100.—, Drey Jul. 25.—, Drey S., Kommerzienrat 100.—.

Engelberg W. 10.—, Essinger Frau Anna 20.—, Eising Robert 10.—, Ebstein S. 3.—, Eppstein 3.—, Ehrenbacher Ferd. 3.—, Ellenbogen Frau Bernh. 2.—.

Feuchtwanger Frau Johanna 50.—, Feuchtwanger Fritz 50.—, Finkel 10.—, Freundlich B. 10.—, Frankenburger Dr. Heinrich, Justizrat 50.—, Frank Ludwig 10.—, Feuchtwanger B. 2.—.

Gerstle Herm. 50.— Grünzeug 2.—, Goldscheider Sigm. 15.—, Goldscheider Dr. Anton 10.—, Gottlieb 2.—, Goldstern Dr. Phil. 10.—, Grünhut Oskar 50.—, Gutmann Max 3.—, Guggenheim Jacob 5.—, Gutmann Bernh. 10.—, Gottlieb J. 10.—, Goldberg Vizekonsul 20.—, Gutter Elias 5.—.

Holzinger Natan 20.—, Hofheimer H. 10.—, Heumann 1.—, Held Frau —.50, Herz Noe 10.—, Holzinger Cäcilie 5.—, Hammel Sim. 10.—, Hirschfeld A. 3.—, Heymann D. 10.—, Heilbronner 2.—, Höchstädter Alb. 5.—, Hermann Frank S. 20.—.

Isserlin Prof. 10.— Jacobi R.-A. Dr. Herbert 5.—.

Krell Max 100.—, Kaufmann Frau A. 1.—, Königsberger Jul. 20.—, Kirschner Benno 10.—, Kahn Herbert 20.—, Kitzinger Dr. Wilh. 20.—, Klein E. A. und Fr. Stößl 25.—, Koch Emil 5.—, Kirschbaum J. 3.—, Kamm Louis 10.—, Künstler Sigm. 20.—, Krieger Nath. 5.— Kronheimer S. 20.—.

Landau Frau —.50, Löwenstein B. 10.—, Löwenherz E. 3.—, Levite Dav. 5.—, Landauer Otto 50.—, Levinger Dr. S. 20.—, Löwengart Dir. J. 10.—, Landauer Sigfr. 50.— Lubeck Therese 2.—, Lichtenstädter Dr. S. 5.—, Levy Willy 2.—, Levinger Markus 25.—, Lewandowsky D. 10.—, Lammfromm Jak. 10.—.

Mannheimer L. 50.—, Marx 3.—, Meier Frau 2.—, Mohr S. 3.—, Meyer & Hirsch 10.—, Mayer Natan 10.—

Neustätter M. 10.—, N. N. 5.—, N. N. 5.—, N. N. 1.—, Neuburger G. 10.—, Neustätter Frau 2.—, Neuburger Leop. 2.—, Neumann Otto 80.—, N. N. 20.—, N. N. (durch Gottfr. Fränkel) 5.—, Neuschatz R. B. von 300.—, N. N. 5.—, N. N. 20.—, N. N. (durch Gottfr. Fränkel) 5.—, N. N. (durch Gottfr. Fränkel) 20.—.

Oppenheimer Dr. S. 2.—, Ottenheimer Alfr. 5.—, Obermeyer Geh. Justizrat Dr. 20.—, Oppenheimer Gertrude 20.—.

Prager 1.—, Pollak Otto 10.—, Pumpian Rosa 5.—.

Rittmann 20.—, Rosenthal Amalie 5.—, Rosenbaum Dr. 5.—, Rosenberg (Bavariaring) 10.—, Rindskopf B. 1.—, Rosenthal Ludw. 10.—, Roßkamm 20.—, Raff & Söhne 50.—, Rosenthal Alb. 50.—, Rosenthaler Herm. 100.—, Rosenfelder N. 30.—, Rothschild Willy 20.—, Rosenau N. 20.—.

Spier Adolf 5.—, Strauß Ferd. 10.—, Strauß Dr. A. 3.—, Spielmann G. 2.—, Späth Jacob 10.—, Sundheimer Meier 50.—, Stiefelzieher J. 50.—, Silberschmidt, Oberlandgerichtsrat Dr. 10.—, Sternberger Frau Clara 20.—, Saslawsky S. 15.—, Stern Leopold 15.—

Schneuer M. 10.—, Schwabacher A. 2.—, Schimon H. 5.—, Schlesinger Frau Dr. 20.—, Schweisheimer Jul. 50.—, Schwarzbrand Iette 1.—, Scharff Otto 100.—, Schwarz Eugen 30.—, Schülein Jos., Kommerzienrat 50.—, Schloßsein 3.—, Schwarz & Weigl 30.—, Schochor (Schönfeldstr.) 25.—.

Thannhauser S. 20.—, Tabak Frau 1.—, Thormann Sigm. 10.—, T. P. 20.—.

Wassermann Dr. P. 30.—, Weisenbeck M. 2.—, Wassermann Th. 3.—, Wallach Julius 50.—, Weinmann E. 3.—, Wien R. A. van, Rechtsanwalt 5.—, Weikersheimer S. 50.—, Wohl F. 5.—, Weinmann k. Notar 5.—, Wiesengrund, Apotheker 10.—, Walter Amalie 2.—.

Vogelsinger 20.—.

Zucker Sabine 10.—, Zinn Bernh. 25.—.

(Fortsetzung folgt.)

Diejenigen, bei denen nicht gesammelt wurde, werden gebeten die Beträge (Postscheck 9318, Jakob Fränkel) einzuschicken.

Anzeigen-Echo

(In dieser Abteilung finden Voranzeigen der Vereine auch ausserhalb Münchens kostenlose Aufnahme.)

Verein Bne-Jehuda. Während der Sommermonate findet nur jede 2. Woche ein Vereinsabend statt. Auch wurde während dieser Zeit der Samstag Abend auf Dienstag Abend verlegt.

Voranzeige. Dienstag, den 16. Juli, wird Herr Dr. Alexander Eliasberg einen Vortrag halten. Bücher werden von nun an jeden Dienstag von 8—8.30 Uhr abends umgetauscht.

Blau-Weiß, Bund für jüdisches Jugendwandern. Sonntag, den 7. Juli. 1. Gruppe: 8.25 Uhr, Starn-

bergerbahnhof. 85 Pfg. 2. Gruppe: 9.25 Uhr Starnbergerbahnhof. 95 Pfg. 3. Gruppe: 8.25 Uhr Starnbergerbahnhof. 85 Pfg. 4. Gruppe: 1 Uhr Starnbergerbahnhof. 1.05 Mk. 1. Zug: 7 Uhr Stachus (Trambahnbillet nach Pasing lösen). 75 Pfg. 2. Zug: 6.45 Uhr Starnbergerbahnhof. 75 Pfg. 3. Zug: 1 Uhr Starnbergerbahnhof. 1.05 Mk. 4. Zug: 9.25 Uhr Starnbergerbahnhof. 95 Pfg.

Wenn's nicht regnet findet die Treffahrt bestimmt statt. Alle sollen kommen.

NACHRUF.

Nach 23jähriger gesegneter Wirksamkeit in unserer Gemeinde verschied am 22. Juni im 65. Lebensjahre

Seine Ehrwürden Herr Rabbiner Professor

DR. COSSMANN WERNER.

Tief beklagt unsere Verwaltung und unsere Gesamtgemeinde diesen schweren Verlust. Mit ihm sank eine Leuchte des Judentums in das Grab.

Seine edlen Charaktereigenschaften, sein überragender Geist, seine bewährte Friedensliebe, haben seiner Amtsführung die allseits anerkannte Bedeutung verliehen und haben ihn die Liebe und Wertschätzung seiner Gemeinde und weitester Kreise in seltenem Masse erringen lassen. Der Name dieses grossen Meisters wird in unserer Gemeinde und überall da, wo er sich zum Besten des Judentums, seiner Lehre und seiner Wissenschaft betätigte, nie erlöschen.

Wir werden seiner stets in Liebe und Dankbarkeit gedenken.

MÜNCHEN, den 26. Juni 1918.

Die Verwaltung
der Israel. Kultusgemeinde München.

BY Verantwortlich für die Redaktion: Helene Hanna Cohn, Heppenheim a. d. B.; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, München, Herzog Maxstraße 4.